

**Protokollauszug über die Sitzung des
Gemeinderates vom 28. Februar 2007**



Anwesend: Daniel Hilti
Albert Frick
Arnold Frick
Walter Frick
Wally Frommelt
Manuela Haldner-Schierscher
Hubert Hilti
Peter Hilti
Dagobert Oehri
Jack Quaderer
Margot Retuga
Karin Rüdissler-Quaderer
Rudolf Wachter

Beratend: -

Zeit: 17.00 – 18.40 Uhr

Ort: Gemeinderatszimmer Rathaus Schaan

Sitzungs-Nr. 4

Behandelte
Geschäfte: 45 - 57

Protokoll: Uwe Richter

45 Genehmigung des Gemeinderatsprotokolls der Sitzung vom 14. Februar 2007

Beschlussfassung (einstimmig, 13 Anwesende)

Das Protokoll der Gemeinderatssitzung vom 14. Februar 2007 wird genehmigt.

46 Stellenbesetzung Mitarbeiter Werkhof

Beschlussfassung

Daniel Wachter, Feldkircher Strasse 80b, 9494 Schaan, wird als Mitarbeiter Werkhof angestellt.

47 Einbürgerungsgesuch von Özgen Tanriverdi, Gapetschstrasse 59, Schaan

Ausgangslage

Herr Özgen Tanriverdi, Gapetschstrasse 59, Schaan, reichte am 10. Dezember 2006 bei der F.L. Regierung ein Gesuch um Aufnahme in das Landes- sowie Gemeindebürgerrecht von Schaan ein. Die Regierung überreicht mit Schreiben vom 07. Februar 2007 dieses Gesuch der Gemeinde Schaan mit der Bitte um Erledigung gemäss Art. 21 Abs. 3 des Gemeindegesetzes, LGBL. 1996 Nr. 76.

Özgen Tanriverdi wurde am 10.11.1974 in Yozgat, Türkei, geboren. Er lebt seit seinem 15. Lebensjahr mit seinen Eltern in Liechtenstein und seit 2003 wieder Schaan, davor von 1990 bis 1996 ebenfalls in Schaan. Özgen Tanriverdi ist seit 1994 bei der Ivoclar AG in Schaan angestellt, er ist zudem Mitglied der Betriebsfeuerwehr. Özgen Tanriverdi ist aktives Mitglied beim FC Schaan sowie Fussballschiedsrichter beim Ostschweizer Fussballverband.

Antrag

Kenntnisnahme des Einbürgerungsgesuches sowie Beauftragung der Gemeindevorsteherung mit der Durchführung der Abstimmung.

Beschlussfassung (einstimmig, 13 Anwesende)

Der Antrag wird in der beschriebenen Form genehmigt.

48 Kommissionsbesetzung / Delegierte / Verwaltungsräte

Ausgangslage

Bei der Gemeinde Schaan bestehen diverse Kommissionen, teils aufgrund einer gesetzlichen Verpflichtung, teils auf freiwilliger Basis. Zudem ist die Gemeinde Schaan in verschiedensten Gremien (Aufsichtsräten, Stiftungsräten etc.) vertreten. Es ist wichtig, dass die Kommissionen mit Personen besetzt werden, welche zum einen Interesse an der jeweiligen Kommissionsarbeit mitbringen, zum anderen aber auch fähig sind, diese Arbeiten durchzuführen.

Es ist in Hinblick auf die laufenden Arbeiten wichtig, dass die Kommissionen so rasch als möglich besetzt werden. Dabei soll allerdings Wert auf ausgewogene und fachlich gute Besetzung gelegt werden.

Zu den Kommissionen hat die Gemeinde Schaan ein Reglement erlassen, welches letztmals nach der Gemeinderatssitzung vom 17. Januar 2007, Trakt. Nr. 4, angepasst wurde.

Gemäss diesem Reglement bestehen folgende Kommissionen bzw. VR-Mandate (diejenigen Institutionen, welche nicht durch den Gemeinderat besetzt werden, oder deren Besetzung personell fixiert ist, werden nicht aufgeführt):

Name der Kommission / Institution	Anzahl Personen
Abwasserzweckverband Liechtenstein	- Gemeindevorsteher - 1 Mitglied Betriebskommission
BHKW-Zweckverband	- Vizepäsident: Leiter Gemeindebauverwaltung - 3 Mitglieder
Genossenschaft für Heizöllagerhaltung	- 1 Mitglied
Genossenschaft Theater am Kirchplatz	- 2 Mitglieder
Jugendherberge-Stiftung	- 2 Mitglieder
Röm.-Kath. Pfarreistiftung St. Laurentius	- 2 Gemeinderäte - 3 Mitglieder
Schwimm- und Badeanstalt Mühleholz	- Gemeindevorsteher - 3 Mitglieder
Verein für Abfallentsorgung	- 1 Gemeinderat - 1 Mitglied

Himmelträger	- Gemeindevorsteher - 3 Gemeinderäte
Arbeitsgruppe Standort Schaan	- Gemeindevorsteher (Vorsitz) - 3 Gemeinderäte - je 1 Vertreter aus Industrie, Gewerbe und Dienstleistung
Fürsorgekommission	- Gemeindevorsteher (Vorsitz) - 4 Mitglieder
Gesundheitskommission	- 3 Mitglieder
Grundverkehrskommission	- Gemeindevorsteher (Vorsitz) - 4 Mitglieder - 2 Ersatzmitglieder
Inventarisationskommission	- Gemeindegassier - 1 Mitglied
Jahrmarktkommission	- 3 Mitglieder - beratend: Werkmeister
Wahlkommission	- Gemeindevorsteher - 6 Mitglieder, 2 Ersatzmitglieder
Stimmzähler	- 1 Gemeinderat - 7 Mitglieder, 2 Ersatzmitglieder
Kommission Gemeinwesenarbeit	Durch Kommission bzw. Gemeinderat zu definieren.
Baukommission	- 2 Gemeinderäte (1 davon Vorsitz) - 2 weitere Mitglieder
Betriebskommission Sportstätten	- Werkmeister (Vorsitz) - Liegenschaftsverwalter - Platzwart Sportplatz Rheinwiese - 1 weiteres Mitglied
Brandschutz- und Feuerwehrkommission / Kommission für Bevölkerungsschutz / Gemeindeführungsstab	Durch Kommission bzw. Gemeinderat zu definieren.
Finanzkommission	- Vorsteher (Vorsitz) - 3 Gemeinderäte
Forstkommission	- 1 - 2 Gemeinderäte - 3 - 4 weitere Mitglieder
Gemeindegemeinderat	- 1 Gemeinderat (Vorsitz) - Pfarrer - 3 weitere Mitglieder - Schulleitung (beratend) - Kindergartenleitung (beratend)
Gehaltskommission	- Vorsteher - 1 Gemeinderat
Kommission Kirche und Friedhof	- Vorsteher (Vorsitz) - 4 ordentliche Mitglieder

Kommission Schulwegsicherung	- 2 Gemeinderäte (1 davon Vorsitz) - 5 weitere Mitglieder: - Gemeindepolizei - Vertretung Elternvereinigung - Vertretung Gemeindegewerksrat - Vertretung Primarschule Resch - Vertretung Kindergärten
Kulturkommission	- 1 Gemeinderat (Vorsitz) - 6 weitere Mitglieder
Landwirtschaftskommission	- 1 Gemeinderat (Vorsitz) - 4 weitere Mitglieder
Liegenschaftskommission	- Gemeindevorsteher (Vorsitz) - 3 Gemeinderäte
Ortsplanungskommission	- Vorsteher (Vorsitz) - 2 Gemeinderäte - 3 weitere Mitglieder
Rüfe- und Deponiekommission	- Vorsteher - 2 Gemeinderäte - Rüfenaufseher (Gemeindeförster) - Gemeindebauführer
Sportkommission	- 2 Gemeinderäte - 3 weitere Mitglieder
Umweltkommission	- Mindestens 1 Gemeinderat - 4 - 7 weitere Mitglieder
Dorfsaal Projektkommissionsgruppe (Bauausschuss)	- Vorsteher (Vorsitz) - 5 Gemeinderäte - 2 Personen - TaK-Intendant
Dorfsaal Projektleitungsgruppe	- Vorsteher (Vorsitz) - 1 Gemeinderat

Die Regelungen betreffend die Kommissionen können dem Kommissionsreglement entnommen werden.

An der Gemeinderatssitzung vom 14. Februar 2007, Trakt. Nr. 30, wurden folgende Kommissionen besetzt:

- Baukommission
- Grundverkehrskommission
- Dorfsaal
- Gemeindegewerksrat
- Ortsplanungskommission
- Liegenschaftskommission.

Mit der Besetzung der Kommission Gemeinwesenarbeit sowie der aus der Brandschutz- und Feuerwehrkommission, der Kommission für Bevölkerungsschutz und dem Gemeindeführungs-

stab neu entstehenden Kommission soll noch zugewartet werden, es wird ein Besetzungsvorschlag ausgearbeitet und dem Gemeinderat vorgelegt.

Nimmt der Gemeindevorsteher Einsitz in eine Kommission, so obliegt ihm der Vorsitz. In Kommissionen ohne Einsitz des Gemeindevorstehers übernimmt ein Gemeinderat den Vorsitz. Sind zwei oder mehr Gemeinderäte in einer Kommission, so bestimmen diese untereinander den Vorsitzenden. Wenn weder der Gemeindevorsteher noch ein Gemeinderat in einer Kommission sind, so bestimmen die Kommissionsmitglieder den Vorsitzenden.

Die Kommissionen werden gebeten, möglichst rasch die Vorsitzenden an das Gemeindesekretariat zu melden. Dieser fungiert für die Gemeindeverwaltung als Ansprechpartner und ist zudem für die Abrechnung der Kommissionsstunden zuständig.

Antrag

Besetzung der weiteren Kommissionen.

Erwägungen

Die Kommissionen werden gebeten, möglichst rasch die Vorsitzenden an das Gemeindesekretariat zu melden. Dieser fungiert für die Gemeindeverwaltung als Ansprechpartner und ist zudem für die Abrechnung der Kommissionsstunden zuständig.

Beschlussfassung (einstimmig, 13 Anwesende, die Kandidatinnen und Kandidaten jeweils im Ausstand)

Es werden folgende Personen vorgeschlagen und gewählt (für die Vollständigkeit wird Gemeindevorsteher Daniel Hilti jeweils ebenfalls aufgeführt, auch wenn er „von Amtes wegen“ Einsitz in eine Kommission bzw. deren Vorsitz innehat):

Abwasserzweckverband Liechtenstein

FBP	VU	FL
Dagobert Oehri (Betriebskommission)	Vorsteher Daniel Hilti (Delegierter)	

BHKW-Zweckverband

FBP	VU	FL
Arnold Frick	Jack Quaderer	

Genossenschaft für Heizöllagerhaltung

FBP	VU	FL
-----	----	----

Normann Schreiber

Genossenschaft Theater am Kirchplatz

Es erfolgt noch keine Mandatsbesetzung

Jugendherberge-Stiftung

FBP	VU	FL
-----	----	----

Klaudia Zechner	Judith Davida-Morscher
-----------------	------------------------

Röm.-Kath. Pfarrestiftung St. Laurentius

Da zur Zeit unklar ist, welche Mitglieder politisch gewählt und welche durch die Kirche bestimmt werden, wird die Besetzung zurückgestellt.

Schwimm- und Badeanstalt Mühleholz

FBP	VU	FL
-----	----	----

Frederik Retuga Katharina Strässle	Vorsteher Daniel Hilti Roland Sele
---------------------------------------	---------------------------------------

Verein für Abfallentsorgung

FBP	VU	FL
-----	----	----

Dagobert Oehri	Jack Quaderer
----------------	---------------

Himmelträger

FBP	VU	FL
-----	----	----

Hubert Hilti Arnold Frick	Daniel Hilti Jack Quaderer
------------------------------	-------------------------------

Arbeitsgruppe Standort Schaan

FBP	VU	FL
Hubert Hilti Wally Frommelt	Vorsteher Daniel Hilti Karin Rüdissler-Quaderer	Manuela Haldner-Schierscher

Es wird erwähnt, dass die Freie Liste bei der letztmaligen Besetzung auf den ihr zustehenden Gemeinderatssitz verzichtet hat, ihn jetzt aber wieder einnimmt. Die Besetzung der weiteren Mitglieder aus Industrie, Gewerbe und Dienstleistung soll durch die Arbeitsgruppe dem Gemeinderat vorgeschlagen werden.

Fürsorgekommission

FBP	VU	FL
Rosmarie Gassner Renate Züger	Vorsteher Daniel Hilti Gerlinde Mock Gebhard Wohlwend	

Gesundheitskommission

FBP	VU	FL
Anita Frick 1 weitere Person wird nachnominiert	Peter Hilti Karin Rüdissler-Quaderer	1 Person wird nachnominiert

Der Gemeinderat wird informiert, dass gemäss Schreiben des Amtes für Gesundheit eine Besetzung mit fünf Personen empfohlen wird.

Inventarisationskommission

FBP	VU	FL
	Hannelore Beck	

Jahrmarktkommission

Die Jahrmarktkommission wird in der bisherigen Besetzung bestätigt:

- Markus Beck
- Kurt Hilti
- Siegfried Walser

Der Gemeinderat verzichtet nach kurzer Diskussion darauf, einen Vorsitzenden zu bestimmen. Die Organisation soll durch die Jahrmarktkommission selbst vorgenommen werden.

Wahlkommission

FBP	VU	FL
Peter Schaedler Yvonne Walser Petra Frick (Ersatz)	Vorsteher Daniel Hilti Christoph Lingg Anton Quaderer Ewald Risch (Ersatz)	Anita Frick Rita Walch

Stimmenzähler

FBP	VU	FL
Karolin Marxer-Konrad Kurt Kaiser Marion Walser Bruno Kaufmann (Ersatz)	Rudi Wachter Judith Davida-Morscher Roland Sele Kein Ersatz	Esther Steiner Ingrid Kaufmann-Sele Kein Ersatz

Kommission Gemeinwesenarbeit

Die Besetzung soll an der nächsten Gemeinderatssitzung erfolgen. Vorgeschlagen wird die Besetzung mit einem Gemeinderat plus je Fraktion ein weiterer Vertreter sowie eine Vertretung aus der Familienhilfe. Beratend soll das GZ Resch fungieren und je nach Thema weitere Institutionen. Bei Bedarf können Untergruppen gebildet werden. Diesem Vorschlag wird ohne formelle Abstimmung zugestimmt.

Betriebskommission Sportstätten

Günter Wenaweser

Brandschutz- und Feuerwehrkommission / Kommission für Bevölkerungsschutz / Gemeindeführungsstab

Besetzung an einer der nächsten Sitzungen.

Finanzkommission

FBP	VU	FL
Hubert Hilti	Vorsteher Daniel Hilti Peter Hilti	Manuela Haldner-Schierscher

Forstkommission

FBP	VU	FL
Albert Frick Rainer Frick	Rudi Wachter Oliver Bettin	Christa Beck

Gehaltskommission

FBP VU FL

Hubert Hilti Vorsteher Daniel Hilti

Kommission Kirche und Friedhof

FBP VU FL

Barbara Büchel Vorsteher Daniel Hilti
Renate Frommelt Ingrid Sonnberger

Kommission Schulwegsicherung

FBP VU FL

Margot Retuga Jack Quaderer

Kulturkommission

FBP VU FL

Margot Retuga Barbara Heeb Elisabeth Eberhard
Klaudia Zechner Josef Hermann
Rainer Frick Monika Hemmer

Landwirtschaftskommission

FBP VU FL

Hanspeter Oehri Rudi Wachter Pepo Frick
Alexander Hilti Gilbert Frommelt

Rüfe- und Deponiekommission

FBP VU FL

Arnold Frick Vorsteher Daniel Hilti
Walter Frick

Sportkommission

FBP VU FL

Hubert Hilti Rudi Wachter Roland Müller
Markus Beck Judith Davida-Morscher

**Protokollauszug über die Sitzung des
Gemeinderates vom 28. Februar 2007**



Umweltkommission

FBP

VU

FL

Arnold Frick
Ernst Weiss

Walter Frick
Marcel Caduff

Manuela Haldner-Schierscher

Pachtgemeinschaft

Die Besetzung erfolgt an einer der nächsten Sitzungen.

49 Alpsanierungsbeitrag 2007 für die Alpgenossenschaften Gritsch und Guschg

Ausgangslage

Der Gemeinderat bewilligt seit 1984 regelmässig Beiträge zur Alpsanierung auf mechanischer Grundlage. Ausgelöst wurde der erste Beschluss, den Alpgenossenschaften zu helfen, weil 1984 Forst- und Landwirtschaftsamt mit chemischen Mitteln das Unkraut bekämpfen wollten. Der Gemeinderat stellte sich jedoch auf den Standpunkt, in den Alpen auf keinen Fall Gifte einzusetzen.

Da die chemische Bekämpfung des Unkrautes bedeutend billiger für die Gemeinde zu stehen gekommen wäre (ca. die Hälfte), hat der Gemeinderat grundsätzlich beschlossen, die Kosten für die mechanische Sanierung der Alpen zu übernehmen. Diese Arbeiten wurden und werden von einer kleinen Personengruppe unter der Leitung einer Aufsicht ausgeführt. Daneben sind regelmässig Vereine, Jugendliche und andere Helfer auf unseren Alpen tätig, um dringende Sanierungsarbeiten auszuführen. Die Entschädigung dieser Personenkreise wird aus den Gemeindebeiträgen finanziert.

Mit Schreiben vom 12. Februar 2007 ersuchen die Alpgenossenschaften Gritsch und Guschg die Gemeinde Schaan um Bewilligung eines Sanierungsbeitrages für das Jahr 2007 (bisher je CHF 35'000.--).

Die Aufwendungen von total CHF 70'000.-- sind im Budget 2007 unter der Position 801 ff. enthalten und detailliert aufgeführt.

Antrag

Genehmigung eines Kredites in der Höhe von CHF 70'000.-- als Alpsanierungsbeitrag 2007 an die beiden Schaaner Alpgenossenschaften mit der folgenden Kreditteilung:

- | | | |
|---|---------------------------|---------------|
| - | Alpgenossenschaft Gritsch | CHF 35'000.-- |
| - | Alpgenossenschaft Guschg | CHF 35'000.— |

Beschlussfassung (einstimmig, 13 Anwesende)

Der Antrag wird in der beschriebenen Form genehmigt.

50 Subventionsbeitrag an die Jahresabonnemente der LBA

Ausgangslage

Der Gemeinderat hat an der Sitzung vom 19. Oktober 2005, Trakt. Nr. 221, über eine Subventionierung der Jahresabonnemente der LBA diskutiert. Beantragt wurde eine 50 %-ige Subventionierung für die Einwohnerinnen und Einwohner von Schaan sowie die Mitarbeitenden der Gemeinde Schaan mit 50 % der Kosten ab dem 01. Januar 2006.

Während der Diskussion wurden zwei Gegenanträge gestellt. Bei der Abstimmung erhielt keiner der Anträge eine Mehrheit, so dass das Geschäft als erledigt abgeschrieben wurde.

Aus aktuellem Anlass und wegen der massiv angestiegenen Abonnementspreise stellt die Gemeindevorsteherung diesen Antrag wieder zur Diskussion. Dazu aus dem entsprechenden Zeitungsartikel (Vaterland vom 14.02.2007, S. 3):

Am 1. Januar traten die neuen Tarifpläne der LBA in Kraft, die bei den Jahresabonnements für Erwachsene und Familien mit einem Kostenanstieg von knapp 15 Prozent verbunden sind. Um die Benützung der öffentlichen Verkehrsmittel für ihre Bürger dennoch attraktiv zu gestalten, erstatten einige Gemeinden einen Teilbetrag zurück. Allerdings entscheiden die Gemeinden jeweils selbst, ob und in welchem Ausmass sie diese Unterstützung gewähren. Die Folge davon ist eine von Gemeinde zu Gemeinde verschiedene ausfallende Handhabung.

(...)

Die Gemeinden sehen darin einen wichtigen Beitrag zur Förderung des öffentlichen Verkehrs und zu aktivem Umweltschutz. Für den Gemeindebürger ergibt sich daraus ein zusätzlicher Service, den er vermehrt in Anspruch nimmt.

Folgende Gemeinden bieten eine Subventionierung der LBA-Abonnemente an:

- Vaduz
- Triesen
- Balzers
- Planken
- Eschen
- Mauren

Zur Begründung für eine Subventionierung der Abonnemente einige Auszüge aus dem Gemeinderatsantrag vom 19. Oktober 2005:

Die Sensibilisierung der Öffentlichkeit bezüglich ökologischer Fortbewegungsmittel wie z.B. Fahrrad oder Bus ist im Steigen begriffen. Die Förderung des öffentlichen Verkehrs war u.a. auch bereits im Projekt „Gemeinden mobil“ bei der Diskussion „Ortsbus Schaan“ zumindest indirekt ein Thema. Ein Umsteigen auf öffentliche Verkehrsmittel ist auch im Interesse der Gemeinde, um die Wohnqualität auf dem Gemeindegebiet zu steigern, indem damit der private Autoverkehr vermindert wird.

Die finanziellen Auswirkungen einer solchen Subventionierung sind die folgenden:

Jahresabonnement der Familie:	Kosten von CHF 320.-- (vormals 180.--)
Jahresabonnement Erwachsene:	Kosten von CHF 160.-- (vormals 100.--)
Jahresabonnement Schüler / Senioren / IV:	Kosten von CHF 90.-- (vormals 50.--)

Dabei ist zu beachten, dass die Kosten der Jahresabonnement der Oberstufenschüler durch das Land finanziert werden.

Triesen

Einwohner 4'608
Rückerstattung 50 %

2002: durch 814 Personen in Anspruch genommen -> Kosten von CHF 28'500.--
2003: durch 818 Personen in Anspruch genommen -> Kosten von CHF 28'690.--
2004: durch 840 Personen in Anspruch genommen -> Kosten von CHF 34'310.-- (Preisaufschlag)

Vaduz

Einwohner 5'150
Rückerstattung 50 %

2002: durch 567 Personen in Anspruch genommen
2003: durch 358 Personen in Anspruch genommen -> Kosten von CHF 12'740.--
2004: durch 520 Personen in Anspruch genommen -> Kosten von CHF 21'080.-- (Preisaufschlag)
2005: bis zum 31. August 2005 wurde die Subventionierung von 503 Personen in Anspruch genommen -> Kosten von CHF 20'850.--

Auf Grund der Einwohnerzahlen ist damit zu rechnen, dass für die Gemeinde Schaan bei den aktuellen Kosten des Jahresabonnementes jährliche Kosten von ca. CHF 40'000.-- bis CHF 45'000.-- entstehen.

Gemäss Aussagen von beiden Gemeindeverwaltungen stellt die Subventionierung keinen wesentlichen Mehraufwand in der täglichen Arbeit dar. Die Subventionierung wird jeweils bar ausbezahlt nach Vorlage des gültigen Abonnementes. In Triesen und Vaduz wird durch die jeweiligen Poststellen auf diese Möglichkeit der Subventionierung hingewiesen, gleiches sollte auch in Schaan möglich sein.

Eine weitere Möglichkeit zur Förderung des öffentlichen Verkehrs stellt die Subventionierung des Busabonnementes für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung dar. Projekte zur Förderung der Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel durch die Mitarbeitenden sind auch in der Privatwirtschaft gang und gäbe, so z.B. bei der Fa. Unaxis. In Anbetracht dessen, dass im Zentrum von Schaan in den nächsten Jahren verschiedene Bautätigkeiten zu erwarten sind (Bushof, Marktplatzgarage, Dorfsaal), sollen die noch verbleibenden Parkplätze beim Rathaus möglichst für auswärtige Kunden freigehalten werden, d.h. die Mitarbeitenden sollen zum Umstieg auf den öffentlichen Verkehr oder das Fahrrad angeregt werden.

Die Förderung des öffentlichen Verkehrs ist auch ein Punkt, welcher im Projekt „Energistadt“ auftaucht. Dabei musste bei der Standortbestimmung festgestellt werden, dass die Gemeinde Schaan im Bereich „Öffentlicher Verkehr“ lediglich 4.4 von 17.0 möglichen Punkten erhält, beim „Mobilitätsmanagement in der Verwaltung“ nur 0.6 von 4.0. Mit der vorgeschlagenen Subventionierung könnte hier eine höhere Punktzahl erreicht und dem Ziel „Label Energistadt“ näher gekommen werden.

Antrag

1. Die Gemeinde Schaan subventioniert die Jahresabonnemente der LBA für die Einwohnerinnen und Einwohner von Schaan sowie die Mitarbeitenden der Gemeinde Schaan rückwirkend ab dem 01. Januar 2007 mit 50 % der Kosten (Kaufdatum des Busabonnementes nach dem 01. Januar 2007).
2. Der Gemeinderat genehmigt den notwendigen Nachtragskredit von CHF 45'000.-- auf den Voranschlag 2007.

Erwägungen

Während der Diskussion werden die folgenden Punkte erwähnt:

- Die Antragstellung erfolgte nicht zuletzt aufgrund des in der Ausgangslage erwähnten Zeitungsberichtes. Es ist wichtig, dass Schaan bei der Förderung des öffentlichen Verkehrs ebenfalls „dabei“ ist. Die Busabonnemente sind in den letzten Jahren sehr teuer geworden. Auch passt diese Förderung zu den Bemühungen betreffend Label Energistadt und es soll eine gewisse Grosszügigkeit gezeigt werden. Es spricht somit sehr viel für diese Förderung.
- Ein Gemeinderat zeigt sich einverstanden mit dem Antrag. Die Ausgangslage sei anders als bei der Diskussion im Jahr 2005, die Preise seien massiv gestiegen. Auch bestehe ein gewisser Druck. Nach wie vor sei der Ablauf allerdings nicht richtig: Das Land erhöhe den Preis für die Abos und die Gemeinden müssten diese anschliessend subventionieren. Dieser Kreislauf sei nicht gut. Die Gegebenheiten sind jetzt aber so, deshalb solle der Antrag unterstützt werden.
- Ein Gemeinderat spricht sich für die Förderung des öffentlichen Verkehrs aus. Es solle jedoch auch das Angebot „Tageskarte Gemeinde“ (Flexicard) ausgebaut werden. Die Gemeinde Schaan biete seit 2006 vier dieser Karten an, welche zu ca. 95 % ausgelastet seien, wobei sie ab einer Auslastung von 77 % rentabel sind. Er stellt den **Zusatzantrag**, zwei weitere „Tageskarten Gemeinde“ anzuschaffen und den dafür notwendigen Nachtragskredit von CHF 17'000.-- zu bewilligen.
- Ein Gemeinderat ist der Ansicht, dass die Unterstützung der Subvention der LBA-Abos klar sei. In Bezug auf Flexicards sei es jedoch so, dass bei der Erhöhung von zwei auf vier Abos erwähnt worden sei und dass vor einer weiteren Erhöhung die Erfahrungen eines Jahres abgewartet werden sollen. In der bisher vergangenen Zeit habe nicht die Möglichkeit bestanden, diese Erfahrungen wirklich zu machen.

- Ein Gemeinderat teilt mit, dass er bereits oft versucht habe, eine solche Tageskarte zu erhalten, dies sei ihm jedoch in keiner der Liechtensteiner Gemeinden gelungen. Die Auslastung sei sicher vorhanden.
- Ein Gemeinderat entgegnet, dass ihm diese Frist von einem Jahr nicht bewusst sei. Es sei allerdings festgehalten worden, dass bei entsprechendem Bedarf und Auslastung, welche sicher jetzt gegeben seien, eine weitere Erhöhung auf sechs Karten durchgeführt werden könnte. Bei einer Einwohnerzahl von beinahe 6'000 Personen könne eine solche Erhöhung sicher beschlossen werden.
- Ein Gemeinderat ist der Ansicht, dass auch das Thema Ortsbus wieder aufgenommen werden müsse. Die Einkaufszentren seien mittlerweile ausserhalb des Zentrums angesiedelt. Viele Anwohner in der Anhöhe seien in ihrer Mobilität jedoch eingeschränkt. Mit dieser Subvention werde der hausgemachte Verkehr nicht eingedämmt, da für verschiedene Quartiere die Bushaltestellen relativ weit entfernt sind. Die Thematik Ortsbus sei bereits im Gemeinderat diskutiert und zur Überarbeitung zurück gestellt worden. Er stellt den **Zusatzantrag**, das Thema Ortsbus weiter zu verfolgen, um den Privatverkehr einzudämmen.
- Dazu wird entgegnet, dass dieser Zusatzantrag an sich in Ordnung sei, dass die Diskussion über den Ortsbus aber nicht jetzt geführt werden könne. Bei der fraglichen Beschlussfassung des Gemeinderates wurde der Auftrag erteilt, eine Route durch das obere Gemeindegebiet zu klären. Die Liecht. Busanstalt hat trotz mehrerer Nachfragen bis heute jedoch noch keinen Vorschlag eingebracht. Der Antrag, diese Thematik weiter zu verfolgen, sei in Ordnung, weiterführende Anträge gingen jedoch zu weit. Das Thema werde gerne wieder dem Gemeinderat vorgelegt.
- Der Antragsteller erwähnt, dass es lediglich darum gehe, das Thema nicht zu vergessen.
- Ein Gemeinderat hält fest, dass es für ihn schwierig sei, ohne weitere Grundlagen CHF 17'000.-- als Nachtragskredit zu bewilligen.

Beschlussfassung

1. Der Zusatzantrag, das Thema Ortsbus weiter zu verfolgen, wird genehmigt.
2. Die Erhöhung um zwei Tageskarten Gemeinde wird genehmigt. Der notwendige Nachtragskredit von CHF 17'000.-- wird genehmigt.
3. Die Gemeinde Schaan subventioniert die Jahresabonnemente der LBA für die Einwohnerinnen und Einwohner von Schaan sowie die Mitarbeitenden der Gemeinde Schaan rückwirkend ab dem 01. Januar 2007 mit 50 % der Kosten (Kaufdatum des Busabonnementes nach dem 01. Januar 2007).

Der Gemeinderat genehmigt den notwendigen Nachtragskredit von CHF 45'000.-- auf den Voranschlag 2007.

Abstimmungsergebnis (13 Anwesende)

1. 7 Ja
2. 7 Ja
3. einstimmig

51 Heilpädagogische Begleitung im Kindergarten

Ausgangslage

In den liechtensteinischen Kindergärten fehlt ein heilpädagogisches Förder- und Beratungsangebot im Sinne des Ergänzungsunterrichts der Primar- und Oberschulen. Gerade im Kindergarten wäre es jedoch wichtig und möglich, Entwicklungsverzögerungen oder spezielle Begabungen frühzeitig zu erkennen und eine entsprechende, niederschwellige Förderung einzuleiten. Je früher spezielle Entwicklungen erkannt werden und darauf reagiert werden kann, desto weniger Förderung oder Betreuung ist später in der Schulzeit nötig. Finanzielle Aufwändungen für eine heilpädagogische Begleitung auf der Kindergartenstufe könnten sich so - zum Nutzen aller Beteiligten - längerfristig lohnen.

Aufbauend auf der in der Ausgangslage beschriebenen Problematik hat das Schulamt in Zusammenarbeit mit dem Schulpsychologischen Dienst das vorliegende Konzept erarbeitet. Im Konzept wurde auch eine dazugehörige Bedarfsanalyse erstellt.

Daraus folgt, dass dieses Konzept ab dem Schuljahr 2007/2008 in zwei Kindergärten in Liechtenstein umgesetzt werden kann, sofern die vorgesehenen Gemeinden dem Konzept bzw. dem Antrag zustimmen.

Das Schulamt definiert folgende Schlussfolgerungen:

„Das Projekt heilpädagogische Begleitung im Kindergarten kann im Schuljahr 2007/08 in zwei Gemeinden durchgeführt werden, sofern die Regierung eine entsprechende Entscheidung fällt. Der Ressortantrag wird gestellt, wenn zwei Gemeinden für das Projekt die Einwilligung gegeben haben. Das Projekt dauert zwei Jahre und soll begleitet und evaluiert werden.“

Die Gemeinden Schaan und Eschen-Nendeln werden angefragt, ob sie sich bei diesem Projekt beteiligen wollen. Bei Eschen-Nendeln würde es sich lediglich um Nendeln handeln. In diesen Gemeinden hatten wir in der Vergangenheit immer wieder Kinder mit besonderen Bedürfnissen, Verhaltensauffälligkeiten, Kinder aus anderen Kulturen.....

Laut Stellenplanung haben wir im Schuljahr 2007/08 in Schaan 7 und in Nendeln 3 Kindergartengruppen.

Eine Kindergärtnerin mit einer heilpädagogischen Zusatzausbildung soll zu 100% für diese 10 Kindergartengruppen eingesetzt werden und dort integriert in den Kindergartenalltag arbeiten. Diese Kindergärtnerin mit einer heilpädagogischen Zusatzausbildung übernimmt die Koordination von besonderen schulischen Massnahmen mit der Kindergärtnerin, den Kindergärtnerinnen für Deutsch als Zweitsprache, dem Schulpsychologischen Dienst, Logopädinnen und Logopäden, anderen Therapeutinnen und Therapeuten und Diensten.

Dabei verwendet sie 70 Stellenprozente für die direkte Unterstützung im Kindergarten, 25 Stellenprozente für die fallbezogene oder allgemeine Beratung, 5 Stellenprozente für die Koordination.

Eine Kindergärtnerin mit einer heilpädagogischen Ausbildung verdient im 10. Dienstjahr pro Monat CHF 7'702.95 inkl. Gratifikation (Stand: 2007). Davon bezahlt die Hälfte das Land. Die andere Hälfte müsste auf die Gemeinden Schaan und Eschen-Nendeln im Verhältnis zu den

Kindergartengruppen aufgeteilt werden. Schaan müsste somit 70% und Eschen-Nendeln 30% der Kosten tragen. Für Schaan sind das Lohnkosten pro Monat von CHF 2'696.05, für Eschen-Nendeln CHF 1'155.45 pro Monat.

Ebenfalls bekommt jede Kindergärtnerin, bei der die heilpädagogische Begleitung im Kindergarten stattfindet, 0,5 Lektionen Entlastung pro Woche für eine Besprechungsstunde. Eine Kindergärtnerin im 10. Dienstjahr verdient pro Monat CHF 6'359.20 inkl. Gratifikation (Stand: 2007). Die Lohnkosten werden zwischen Gemeinde und Land zu je 50% aufgeteilt. In Schaan ergibt dies bei 7 Kindergärten 3,5 Lektionen Besprechungsstunden für die Kindergärtnerinnen pro Woche. In Schaan müssten also pro Monat für Besprechungsstunden in 7 Kindergärten CHF 342.40 aufgewendet werden. In Eschen-Nendeln ergibt dies bei 3 Kindergärten 1,5 Besprechungsstunden für die Kindergärtnerinnen pro Woche. Somit müssten pro Monat für Besprechungsstunden in 3 Kindergärten CHF 146.75 aufgewendet werden.

Insgesamt würden für Schaan die Lohnkosten inkl. Gratifikation für die heilpädagogische Begleitung im Kindergarten und inkl. Besprechungsstunden für die Kindergärtnerinnen CHF 3'038.45 pro Monat betragen, in Eschen-Nendeln CHF 1'302.20 pro Monat.

Die Kindergärtnerin mit einer heilpädagogischen Zusatzausbildung braucht ein Büro, das vorzugsweise in einem leer stehenden Raum eines Kindergartens in Schaan wäre. Zusätzlich würden also für Schaan Infrastrukturkosten für einen Raum mit einem Gestell, Pult und PC mit Internetanschluss entstehen.

Im Kindergarten angestellte Personen arbeiten 30 Lektionen pro Woche inkl. einer Teamstunde. Im Konzept heilpädagogische Begleitung im Kindergarten muss das angegebene Pensum von 29 auf 30 Lektionen korrigiert werden.

Momentan haben wir die Möglichkeit, bei speziell schwierigen Situationen, heilpädagogische Früherzieherinnen in den Kindergärten einzusetzen. In Schaan sind dies derzeit 12 Lektionen, in Nendeln 2,5 Lektionen, in denen mit den Kindern speziell gearbeitet wird.

Mit dem Konzept heilpädagogische Begleitung würde Schaan auf 14 Lektionen Schülerstunden und Nendeln auf 6 Lektionen Schülerstunden kommen. Die heilpädagogische Früherziehung würde damit aufgehoben.

Das Konzept heilpädagogische Begleitung im Kindergarten wurde von der Pädagogischen Arbeitsstelle im Schulamt, Peter Binder, in Zusammenarbeit mit dem Kindergarteninspektorat erstellt. Dabei wurden mit einer Umfrage alle Kindergärtnerinnen einbezogen. Ebenso hat der Schulpsychologische Dienst seine Stellungnahme dazu abgegeben. Die Amtsleitung hat das Konzept gut geheissen.

Die Projektleitung liegt bei folgenden drei Personen:

- Dr. Edith Rederer, Schulpsychologischer Dienst*
- Willi Kaiser, Pädagogische Arbeitsstelle im Schulamt*
- Maria Kaiser, Inspektorin Kindergarten*

Das Projekt dauert zwei Jahre. Dann muss entschieden werden, ob und wie mit einer heilpädagogischen Begleitung im Kindergarten zukünftig gearbeitet wird.“

Der Gemeindegeschulrat Schaan sowie die Kindergärtnerinnen der Gemeinde Schaan sehen in diesem Projekt eine Verbesserung des heutigen Systems und nehmen positiv Stellung zum Antrag.

Dem Antrag liegen bei

- Konzept „Heilpädagogische Begleitung im Kindergarten“ / Stellungnahme SPD

Antrag

Die Gemeinde Schaan unterstützt und finanziert das zweijährige Projekt „Heilpädagogische Begleitung im Kindergarten“. Es wird ein Nachtragskredit von CHF 15'000.-- auf das Budget 2007 genehmigt.

Beschlussfassung (einstimmig, 13 Anwesende)

Der Antrag wird in der beschriebenen Form genehmigt.

52 Stellungnahme zum Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Schul- und Profilentwicklung auf der Sekundarstufe I (SPES I)

Ausgangslage

An der Sitzung vom 17. Januar 2007 wurde der Vernehmlassungsbericht der Regierung betreffend die Schul- und Profilentwicklung auf der Sekundarstufe I (SPES I) zur Ausarbeitung der Stellungnahme an den Gemeindegeschulrat übergeben.

Am 28. Februar 2007 ist Abgabefrist. Die Gemeinde Schaan hat bei der F.L. Regierung um Verlängerung der Frist bis 1. März 2007 gebeten.

Stellungnahme zum Vernehmlassungsentwurf

Der Projektbericht zum SPES I liefert eine sehr gute Übersicht über das liechtensteinische Bildungssystem und dessen Schwachstellen.

Es besteht die Ansicht, dass das derzeitige Bildungssystem Lücken hat, welche schnellstmöglich geschlossen werden müssen. Deshalb ist eine Schulreform notwendig. Folgende Punkte sprechen für ein neues System:

- **Die Durchlässigkeit:** Die Problematik liegt darin, dass ein Wechsel der Schule sehr schwer ist. Möchte ein/e Schüler/in von der Realschule in das Gymnasium wechseln, muss diese/r einen vorgeschriebenen Notendurchschnitt vorweisen oder eine Aufnahmeprüfung bestehen, welche erfahrungsgemäss kaum machbar ist.
- **Verzögerung des Entscheidungsspielraums:** Die Entscheidung, ob ein/e Schüler/in in Gymnasium, Realschule oder Oberschule eingestuft wird, wird im Alter von ungefähr 12 Jahren gefällt. Dies ist nach Ansicht des Schulrates zu früh. Eine Verschiebung des Selektionsverfahrens von der 5. in die 8. Schulstufe wird als sinnvoll erachtet.
- **Auflösung der heutigen Oberschule:** Die Oberschule hat heute ein Imageproblem. Ein Schultypus sollte nicht „Auffangbecken oder Restschule“ werden. Wohlhabende Eltern weichen der Oberschule aus und schicken ihre Kinder ins Ausland oder in Privatschulen.
- **Integration & Chancengleichheit:** Das neue Schulsystem bietet eine Chance für die Integration aller Kulturen und sozialen Schichten unserer Gesellschaft. Durch das Zusammenbleiben von verschiedenen Stärkeklassen kann die soziale Entwicklung gefördert und die Motivation gesteigert werden. Ein/e Schüler/in mit tieferen sozioökonomischem Status hat in einem durchlässigerem System bessere Schulungsmöglichkeiten. Auch Spätentwicklern kommt das neue System zu Gute, sie haben länger Zeit für Entscheidungen.

- **Profilschulen:** Fragen zu diesem Thema müssen zu einem späteren Zeitpunkt beantwortet werden.
 - Spielraum einzelner Schulstandorte?
 - Übertritt Primarschule-Profilschule?
 - Auflösung der Schulbezirke?
 - usw.
- **Auflösung des heutigen Unterstufengymnasiums:** Ein zentrales Unterstufengymnasium wie es in der heutigen Form besteht macht keinen Sinn, wenn alle Sekundarschulen eine Förderung auf gymnasialem Niveau anbieten.

Antrag

Genehmigung der vorliegenden Stellungnahme.

Erwägungen

Während der Diskussion werden die folgenden Punkte erwähnt:

- Ein Gemeinderat hält fest, dass es sich bei diesem Bericht nicht um einen Vernehmlassungsbericht der Regierung handelt, sondern um einen Bericht des Ressorts Bildung.
- Die Problematik besteht für einige Gemeinderäte darin, dass die Auflösung des Unterstufengymnasiums (UG) gefordert wird. Es solle keine Strukturdiskussion geführt werden. Die Profilschulen an sich sind ein gutes Projekt mit riesigen Möglichkeiten, die eigentliche Diskussion darüber wird jedoch jetzt erst beginnen. Zu den Profilschulen selbst sind jedoch keine Aussagen vorhanden. Es ist nicht klar, in welche Richtung sich das Ganze bewegen wird. Deshalb könne doch nicht das UG bereits jetzt einfach abgeschafft werden.
- Es wird angeregt, dem Ressort Bildung statt der Stellungnahme ein Stimmungsbild mit den verschiedenen Meinungen der folgenden Diskussion abzugeben.
- Es wird festgehalten, dass in dieser Diskussion nicht die Profilschule selbst diskutiert werden sollte. Die Stellungnahme bezüglich des UG wurde als klare Frage im Bericht formuliert und deshalb vom Schulrat auch beantwortet.
- Ein Gemeinderat vermutet, dass kleinere Schulen eine gymnasiale Förderung gar nicht anbieten werden können. Die Frühselektion wie sie bislang betrieben werde sei erwiesenermaßen nicht richtig und sinnvoll. Die Durchlässigkeit zwischen den Schulzweigen funktioniere nicht, in den letzten 10 Jahren haben lediglich 3.6 % der Schüler einen Wechsel vorgenommen. Dazu sei zu beachten, dass 130 Schüler die Sekundarstufe im Ausland besuchen. Das bestehende System stelle ein riesiges Problem dar. Bei integrativen Modellen sei eine Durchlässigkeit von bis zu 42 % vorhanden. Es werde auch gewährleistet, dass die Niveaus höher sind. Es sei richtig, nicht über die Profilschule selbst zu diskutieren. Das Lenkungsgremium sei sich einig gewesen, dass primär die Frage des UG zu klären sei.
- Ein Gemeinderat ist der Ansicht, dass, wenn kein UG mehr vorhanden sei, intelligente Kinder allenfalls zu wenig Möglichkeiten haben, sich zu profilieren. Ein Schulwechsel mitten in der Pubertät sei ebenfalls problematisch. Es sei möglich, dass das Interesse dann gar nicht mehr vorhanden sei.

- Ein Gemeinderat erwidert, dass dies in anderen Ländern problemlos funktioniere.
- Es wird erwähnt, dass es nicht so sein werde, dass kein UG mehr vorhanden sei, sondern dieses werde lediglich nicht mehr zentral geführt. Eine entsprechende Förderung sei dennoch möglich. Die Realschule und das UG sind in den ersten drei Jahren inhaltlich nur wenig auseinander, dies habe auch die PISA-Studie gezeigt. Ein Oberstufengymnasium werde zudem weiterhin existieren.
- Es wird festgehalten, dass klar sei, dass verschiedene Meinungen vorherrschen. Auch sei klar, dass das Bildungssystem revisionsbedürftig ist. Aus Sicht des Gymnasiums werde jedoch festgestellt, dass die Leistung bzw. Leistungsbereitschaft jetzt zu gering sei und dass die Zuteilungsquoten zu hoch sind. Dies habe keine Zukunft. Es sei auch klar, dass zur Zeit noch nicht alles geklärt sei, jedoch wollen alle Beteiligten das Beste. Wenn dieser Schritt jetzt nicht getan werde, werde für lange Zeit kein Reformprojekt mehr in Angriff genommen.
- Ein Gemeinderat äussert, es bestehe Schwierigkeit, hierzu Stellung zu beziehen, wenn man nicht Lehrer sei. Eigentlich könne jeder mitreden, sich eine umfassende Meinung zu bilden sei eher schwierig.
- Ein Gemeinderat stellt die Auflösung des UG in Frage. Es solle eine Form eines Langzeitgymnasiums für Schüler geben, welche die Neigung und den Willen zu einer solchen Ausbildung mitbringen. Diejenigen, die Zeit und Willen für „Bildung“ haben und dies wollen, sollen in einem Langzeitgymnasium den entsprechenden Spielraum haben.
- Es sind sich alle Beteiligten einig, dass an allen Standorten das gesamte Leistungsspektrum angeboten werden solle. Es stelle sich aber die Frage, ob parallel dazu ein UG anzubieten sei. Wenn ein solches bestehe, sei dies der „Tod“ für jede Profilschule. In den Köpfen von Eltern und Kindern bestehe das UG weiterhin und der Druck zu diesem hin werde weiter bestehen. Es seien verschiedene Szenarien für einen Kompromiss überlegt worden. Das Leitungsgremium sei aber der Auffassung, dass ein UG den Druck laufend verschärfe.
- Ein Gemeinderat schlägt vor, dass das Gymnasium selbst eine Aufnahmeprüfung durchführen wolle.
Dazu wird erwidert, dass dies bereits früher der Fall gewesen sei. Ab der 4. Klasse spätestens gebe es dann den Druck durch die Eltern.
- Ein Gemeinderat erwähnt die Angst der Eltern und deren Gefühl, dass gewisse intelligente Kinder „hängen“ oder „geistig verhungern“ könnte. Diese Angst aufzulösen sei eine grosse Aufgabe, sonst werde die Abwanderung ins Ausland noch grösser.
- Es wird erwähnt, dass die im Antrag erwähnte „heutige Form des UG“ vieles noch offen lasse, worüber sich die Bildungsexperten die entsprechenden Gedanken machen sollen. Praktisch alles könne, ähnlich wie bei der Waldorfschule, auch in einer Profilschule angeboten werden. Heute bestehe aber die Gefahr des „Abwanderns“, denn der Druck auf die Lehrer beginne z.T. bereits in der 3. Klasse.
- Ein Gemeinderat fragt, ob denn nicht vieles durch die Eltern „gesteuert“ werde. Dies wird bejaht.
- Es wird erwähnt, dass ca. 25 % der Schüler am Gymnasium in Ausbildung sind. Es gebe auch eine Verantwortung gegenüber der Oberschule, denn auch dort gebe es gute Schüler. Die Oberschule habe zwar einen schlechten Ruf, es gebe dort aber auch eine gute Ausbildung.
- Ein Gemeinderat teilt mit, dass das ganze Projekt durch das Leitungsgremium stark an diese Frage gekoppelt sei. Er selbst sei aber nicht der Ansicht, dass das Projekt mit dieser Frage stehe und falle. Bei der letzten PISA-Studie habe Liechtenstein den 5. Rang erreicht, was zeige, dass ein grossartiges Bildungssystem bestehe. Es sei nicht alles

- schlecht, wohl aber vieles besserbar. Auch an der Oberschule sei vieles gut, nicht zuletzt bei der Förderung der einzelnen Schüler. In der Oberschule Vaduz kommen 25 Lehrer auf 86 Schüler, was eine „sensationelle Förderung“ darstelle.
- Ein anderer Gemeinderat teilt die Ansicht, dass an der Oberschule durch die Förderung tolle Leistungen möglich sind. Sie weisen aber eine grosse Stigmatisierung auf, dies müsse verbessert werden. In einem integrativem Modell sei die Förderung auf dem gleichen Niveau wie jetzt schwierig.
 - Es wird erwähnt, dass in der Primarschule der Druck auf die Lehrer gross sei. Es gebe aber auch die Problematik, dass von Seiten der Lehrer eigentlich klar sei, in welche Sekundarschule ein Schüler gehöre, dies aber nicht vermittelbar sei.
 - Es wird festgehalten, dass es auch in Liechtenstein überdurchschnittlich gute Schüler gebe, welchen man den einzigen für sie gangbaren Weg nicht verbauen solle. Ein Langzeitgymnasium werde auch vom Fürstenhaus unterstützt. Man solle das UG nicht abbauen.
 - Ein Gemeinderat erwähnt, dass es bei der Ober- und der Realschule Überlappungen gebe, bei Realschule und Gymnasium ebenso, und zwar bis über 60 %. Im Kanton St. Gallen gebe es zweigliedrige Schulmodelle, deren Schüler im Vergleich um einiges besser seien. Dies sei ein Zeichen, dass eine Qualitätsverbesserung möglich sei.
 - Dazu wird erwidert, dass im Kanton St. Gallen bedeutend weniger Schüler die Matura ablegen. Es sei auch zu beachten, dass es zwar so sei, dass sich die Schüler gegenseitig „hinaufheben“ in ihren Leistungen, dass aber auch das Umgekehrte der Fall sein könne.
 - Ein Gemeinderat erwähnt, dass über Jahre hinweg nichts mehr geschehen werde, wenn jetzt nicht gehandelt werde. Die Stigmatisierung der Oberschule werde zunehmen, dieser „gehe es an den Kragen“, ähnlich wie früher der Hilfsschule, da sie von der Bevölkerung nicht mehr getragen werde. Die Anstrengungen, die in der Oberschule gemacht werden, seien toll, der Rückhalt der Bevölkerung fehle jedoch. Andere Länder hätten es vorgebracht, dass eine solche Änderung möglich sei.
 - Ein Gemeinderat hält fest, dass er kein Bildungsexperte sei und dass er nicht eine Reform „abwürgen“ wolle. Etwas am System „kranke“ aber. Es gebe gute Beispiele dafür, dass etwas machbar sei.
 - Ein Gemeinderat fragt, ob bei einer Reform die Lehrer eine zusätzliche Ausbildung machen müssen.
 - Es wird erwähnt, dass es der Wunsch sei, zwei Niveaustufen zu führen. Durch die Primarschullehrer komme die Aussage, dass eine Zuteilung Ober- / Realschule relativ klar möglich sei, bei Realschule / Gymnasium sei die Schwierigkeit grösser. Es bestehe die Vorstellung, in den Niveaus verschiedene Level zu führen, um die gewünschte Flexibilität zu gewährleisten. Die Lehrer für das Niveau 2 können aus Ober- und Realschule stammen. Die jetzt in der Ausbildung stehenden Lehrer sind bereits auf diese Anforderungen hin ausgebildet. Die Realschullehrer bringen die Fähigkeiten mit, auf Gymnasialniveau zu unterrichten, dies wird in der Schweiz bereits so durchgeführt. Es werden wohl auch mehr Lehrer benötigt, die Kosten für das Bildungssystem dürften steigen.
 - Ein Gemeinderat erwähnt, dass Industrie und Gewerbe sehr gute Schüler sucht und fragt, ob für speziell gute Schüler eine Förderung vorgesehen sei. Dazu wird geantwortet, dass jede Schule progymnasiale Züge aufweise. Der Vorteil dieses Modells sei eben die Flexibilität.
 - Ein Gemeinderat erwähnt, dass es immer wieder Schüler gebe, die nach den Berufswahlfragen ihre Leistung steigern. Es gebe für gute Schüler die Chance, in einem Fach durch die Betreuung ihre Leistungen zu steigern, schlechtere Schüler können reduziert unterrichtet werden.

- Ein Gemeinderat äussert seine Ansicht, dass es nicht gut sei, diese Abstimmung rein mit Ja oder Nein zu verbinden, sie solle mit einem Stimmungsbild versehen werden. Dazu wird geantwortet, dass bei einem nicht einstimmigen Beschluss dies auch so den betroffenen Stellen mitgeteilt werde.
- Ein Gemeinderat hält fest, dass es sich um eine positive Diskussion gehandelt habe.

Beschlussfassung (7 Ja, 13 Anwesende)

Der Antrag wird in der beschriebenen Form genehmigt.

53 Abbruch Liegenschaft Zollstrasse 1 (Bahnwärterhaus) / Projekt- und Kreditgenehmigung, Behandlung Abbruch- gesuch

Ausgangslage

Das Bahnwärterhaus auf der Sch. Parz. 1627 war bis zum Tod von Frau Stefanie Weiss im Jahr 2006 bewohnt. Aufgrund einer Anfrage der Tochter, Frau Walfriede Weiss, bezüglich einer Vermietung des Gebäudes für 2-3 Jahre an Sie wurde die Anfrage in der Liegenschaftskommission behandelt.

Die Liegenschaftskommission kam in der Sitzung vom 29. November 2006 zum Ergebnis, dass eine Vermietung des Bahnwärterhauses an Frau Walfriede Weiss für die kommenden 2-3 Jahre nicht möglich ist und empfiehlt den im Budget 2007 vorgesehenen Abbruch dieses Gebäudes.

Im Budget 2007 wurden für die Realisierung des Abbruchs des Bahnwärterhauses und der Nebenbauten CHF 60'000.-- reserviert.

Der Kostenvoranschlag liegt mittlerweile zur Genehmigung vor. Gemäss detailliertem Kostenvoranschlag des Büros Wenaweser & Partner Bauingenieure AG vom 15. Februar 2007 werden die Kosten mit CHF 100'000.-- veranschlagt, woraus sich eine Differenz gegenüber dem budgetierten Betrag von CHF 40'000.-- ergibt.

Nach Angaben des Ing. Büros resultieren die Mehrkosten gegenüber der Annahme im Zuge der Budgetierung aus den schwierigen An- bzw. Abfahrtsbegebenheiten sowie aus der Lage an der Bahnlinie und der aufwändigen Wiederherstellung des Geländes.

Dem Antrag liegen bei

- Projektpläne mit Kostenvoranschlag vom 15. Februar 2007

Antrag

Die Gemeindebauverwaltung beantragt seitens der Baukommission folgende Beschlussfassungen:

1. Der Gemeinderat genehmigt das Projekt Abbruch Liegenschaft Zollstrasse 1 (Bahnwärterhaus) und bewilligt hierfür auf Grundlage des Kostenvoranschlages des Büros Wenaweser & Partner Bauingenieure AG vom 15. Februar 2007 den Nachtragskredit auf den Voranschlag 2007 von CHF 40'000.-- sowie den Kredit im Betrage von CHF 100'000.--.

- 2 Behandlung Baugesuch:
Bauherrschaft: Gemeinde Schaan, Landstrasse 19, 9494 Schaan
Abbruchgesuch: Bahnwärterhaus mit Nebenbauten
Parz. Nr.: 1627, ZÖBA
Standort: Zollstrasse 1

Die Baukommission befürwortet das Abbruchgesuch und übermittelt es dem Gemeinderat selbentags zur Bewilligung.

Beschlussfassung (einstimmig, 13 Anwesende)

Die Anträge werden in der beschriebenen Form genehmigt.

54 Strassen- und Werkleitungsausbau Bahnstrasse, Ausbau 2007 (LAK-Gebäude - Tröxlegass) / Projekt- und Kreditgenehmigung

Ausgangslage

Die 1. Etappe „Strassen- und Werkleitungsausbau Bahnstrasse“ von der Zollstrasse bis zum LAK-Gebäude wurde im Jahr 2006 realisiert. Im Jahr 2007 soll nun die 2. Etappe vom LAK-Gebäude bis zur Tröxlegass mit einer Ausbaulänge von ca. 260 m' verwirklicht werden.

Der Strassenausbau der diesjährigen Etappe entspricht dem Ausbau des Jahres 2006 mit einer Fahrbahnbreite von 4.75 m' und einem gepflästerten Trottoir von 1.75 m'.

Aufgrund der engen Platzverhältnisse ist die "Bahnstrasse" während der gesamten Bauzeit für den Durchgangsverkehr gesperrt. Um die Unannehmlichkeiten für die betroffenen Anwohner möglichst gering zu halten, ist eine Ausführung in Teilausbauetappen vorgesehen. Für den Fussgängerverkehr werden während sämtlichen Teilausbauetappen Fusswegverbindungen aufrechterhalten.

Die bestehenden Hauptleitungen der Kanalisation wurden auf ihre Abflusskapazitäten hin überprüft; die untersuchten Hauptleitungen weisen bezüglich Abflusskapazität genügend Reserven auf. Deshalb wurde beschlossen, die bestehenden Hauptleitungen mittels Rohrrelining (mit statischer Stützfunktion) zu sanieren. Trotz einer Verringerung der bestehenden Leitungsdurchmesser durch das Rohrrelining können die gemäss hydraulischer Berechnung anfallenden Wassermengen problemlos abgeleitet werden. Neben der Sanierung der bestehenden Hauptleitungen werden sämtliche im Projektperimeter liegenden Parzellen mit neuen Grundstücksanschlüssen bzw. Grundstücksschächten erschlossen.

Die bestehende Wasserleitung muss zur Gewährleistung der Versorgungssicherheit ersetzt werden; es wird eine neue PE-Leitungen DE 125 mm verlegt.

Die bestehenden Werkleitungen sind im Werkleitungsplan ersichtlich. Die Projektpläne für die Erstellung der verschiedenen Rohranlagen für die Strassenbeleuchtung und Sekundärverkabellung der Liecht. Kraftwerke sowie der Kommunikationsleitungen sind bei den entsprechenden Planungsstellen einzusehen

Die Liecht. Gasversorgung wird sich am Ausbau ebenfalls beteiligen. Neben der Erstellung aller notwendigen Haus- resp. Parzellenanschlüsse ist vorgesehen, eine neue Hauptleitung zu verlegen. Die Liecht. Gasversorgung stellt den Antrag, dass der projektierte Leitungsneubau für das gegenständliche Bauprojekt von der Gemeinde Schaan mitfinanziert wird.

Der Kostenvoranschlag für den Strassen- und Werkleitungsausbau beläuft sich auf CHF 1'400'000.--. Im Finanzplan waren für diesen Ausbau Kosten von CHF 1'402'700.-- vorgesehen.

Für die Mitfinanzierung der Gasversorgung wird mit Kosten von CHF 21'000.-- gerechnet. Diese Kosten sind im Voranschlag 2006 mit CHF 30'000.-- berücksichtigt.

Dem Antrag liegen bei

- Projektmappe „Sanierung Bahnstrasse, Neubau LAK - Tröxlegass“ inkl. Technischem Bericht und Kostenschätzung

Antrag

Die Gemeindebauverwaltung beantragt die Genehmigung nachstehender Anträge:

1. Genehmigung des Projektes „Strassen- und Werkleitungsausbau Bahnstrasse, Ausbau 2007, LAK-Gebäude - Tröxlegass“.
2. Genehmigung des Verpflichtungskredites in Höhe von CHF 1'400'000.--.
3. Genehmigung des Kredites für die Mitfinanzierung der Gasversorgung in Höhe von CHF 21'000.-- (gerundet).

Beschlussfassung (einstimmig, 13 Anwesende)

Der Antrag wird in der beschriebenen Form genehmigt.

Information

BfU (Schweiz. Beratungsstelle für Unfallverhütung)

Der Gemeinderat wird informiert, dass die BfU ihre Generalversammlung dieses Jahr in Schaan abgehalten hat. Dabei wurde die Schulwegsicherung der Gemeinde Schaan lobend erwähnt. Es wird die Hoffnung geäußert, dass auch der neue Gemeinderat diese Anstrengungen weiter unterstützt.

Schaan, 15. März 2007

Daniel Hilti
Gemeindevorsteher